

Zuversicht bei der IWF-Währungskonferenz

Von Rüdiger von Rosen, Frankfurt/M.

Die 39. Jahresversammlungen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank, die in der Zeit vom 24. bis 27. September 1984 in der amerikanischen Bundeshauptstadt Washington D.C. stattfanden, verliefen in einem sehr viel zuversichtlicheren Klima als die vorangegangenen. Schien im Herbst 1982 in Toronto angesichts des Mexiko-Debakels das Weltwährungssystem vor einem finanziellen Zusammenbruch zu stehen, der nur durch das entschiedene und schnelle Eingreifen von Regierungen und Notenbanken der größten Industrieländer verhindert werden konnte, und hielt 1983 die Zahlungsunfähigkeit Brasiliens die Währungs-Verantwortlichen und Bankenvertreter in Atem, so konnte man sich jetzt sehr viel entspannter geben. Das über Erwarten kräftige Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten, allen voran den USA, und deutliche Stabilitätserfolge – gegen baldiges Wiederaufflackern der Inflationskräfte allem Anschein nach gut abgesichert – haben die weltwirtschaftlichen Perspektiven erheblich verbessert. Auch die Sprecher hochverschuldeten Länder konnten deshalb mit Erfolgsmeldungen aufwarten, anstatt, wie vielfach in der Vergangenheit, nur Klage zu führen.

Die Tagesordnung des dem Gouverneurstreffen vorgesetzten Interimsausschusses

- Weltwirtschaftslage,
- Zukunft des Erweiterten Zugangs zu den Fondsmitteln,
- Frage einer Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten,

hätte den rund 12 000 Teilnehmern der diesjährigen Jahresversammlungen – Offiziellen, Bankenvertretern, Journalisten, Stabsangehörigen – zu wenig gehaltvoll erscheinen können, wäre nicht die Frage zu erörtern gewesen, wann und in welchem Rahmen über die bisherige und künftige Strategie bei der Behandlung der Schuldenprobleme gesprochen werden soll. Daß zumindest kurzfristig die rasanten Kurssprünge des amerikanischen Dollars und die wegen „disorderly markets“ ausgelösten Interventionen einiger Noten-

banken das Parkett und die Schlagzeilen der Presse beherrschten, ließ überdies die währungspolitischen Fragen zeitweilig in den Hintergrund treten. Dennoch sind vor allem die Beratungen im Interims- und im Entwicklungsausschuß sowie die Überlegungen, die sich mit der künftigen Rolle der Weltbank befassen, berichtenswert.

Weithin Befriedigung herrschte im Interimsausschuß über die deutlich verbesserte Weltwirtschaftslage. In den Industrieländern hat sich das Wirtschaftswachstum mit einer Jahresrate von 5 v. H. noch schneller als erwartet beschleunigt. Über Erwarten gut hat sich die Investitionstätigkeit entwickelt, bei gleichzeitig deutlich rückläufiger Preisentwicklung. Nach Meinung des französischen Wirtschafts- und Finanzministers *Bérégovoy* war man damit „auf dem richtigen Weg“. Es wurde allerdings ebenfalls registriert, daß die europäischen Länder noch nicht in vollem Umfang am wirtschaftlichen Aufschwung teilnehmen, wie auch, daß die Arbeitslosigkeit gerade in diesen Ländern weiterhin auf hohem Niveau verharrt.

In einer Reihe von Entwicklungsländern sah der Ausschuß dagegen die zu erwartende Verringerung der Leistungsbilanzdefizite als ermutigend an. Immerhin konnten die ölimportierenden Entwicklungsländer als Gruppe ihr Defizit von 109 Mrd. US-\$ im Jahr 1981 auf 53 Mrd. US-\$ im Jahr 1983 mehr als halbieren. Für 1984 wird eine weitere Verringerung auf 45 Mrd. US-\$ erwartet. 1985 könnte sich der Leistungsbilanzfehlbetrag etwa auf diesem Niveau einpendeln. Eine solche Größenordnung entspräche etwa 9 v. H. des Exports von Gütern und Dienstleistungen dieser Ländergruppe im laufenden Jahr und rund 8 v. H. im Jahr 1985 (verglichen mit einem Anteil von ca. 25 v. H. 1981). Die Aussichten der Gruppe der ölimportierenden Entwicklungsländer sind damit die günstigsten seit zwanzig Jahren. Sie basieren zunehmend auch auf einer Steigerung der Exporte, nachdem anfänglich der Abbau der Leistungsbilanzdefizite zunächst dadurch erfolgte, daß die Importe teils dramatisch eingeschränkt wurden (vgl. Tabelle 1: Zusammenfassende Übersicht der Leistungsbilanzen).

Trotz der verbesserten weltwirtschaftlichen Aussichten sah es der Interimsausschuß als zweckdienlich an, den Aufschwung durch geeignete Maßnahmen zu stützen und in Gang zu halten. Dazu zählte er vor allem:

- eine stabilitätskonforme Geldpolitik,
- Maßnahmen zur Strukturverbesserung der öffentlichen Haushalte und zur Verringerung der Defizite,
- entschlossene Anstrengungen zum Abbau struktureller Starrheiten wie auch protektionistischer Maßnahmen.

Tabelle 1: Zusammenfassende Übersicht der Leistungsbilanzen*
(in Mrd. US-Dollar)

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
<i>Industrieländer</i>								
USA	-2.1	32.7	-5.1	-38.1	4.8	3.2	2.8	-30.1
	-11.7	-12.3	2.6	6.6	10.7	-3.8	-35.5	-84.3
Japan	11.1	17.0	-8.1	-9.9	6.3	8.8	22.2	36.4
Deutschland	8.5	13.4	0.1	-8.3	0.8	10.2	9.8	10.7
Italien	3.1	7.9	6.4	-9.5	-7.5	-4.9	1.0	-
Großbritannien	2.0	5.5	3.0	12.7	18.1	13.3	7.5	4.9
<i>Entwicklungsänder</i>								
Ölexportländer	-1.0	-37.3	-1.0	21.8	-55.0	-99.0	-70.1	-53.0
Nicht-Öl-Entwicklungsänder	29.4	5.7	62.3	110.4	53.5	-13.1	-17.5	-8.0
Hauptschuldnerländer	-30.4	-42.9	-63.3	-88.7	-108.5	-85.9	-52.6	-45.0
	-9.5	-18.4	-22.3	-26.6	-35.7	-39.8	-11.0	-11.5

* Güter, Dienstleistungen und private Übertragungen.

Quelle: Internationaler Währungsfonds.

In der Verschuldungsfrage stellte der Ausschuß weiterhin ernste Probleme, aber auch gute Fortschritte fest. Das abgestimmte Vorgehen von Schuldern und Gläubigern im Rahmen von Anpassungsprogrammen hat deutlich Früchte getragen. Da der Währungsfonds entscheidend in die Ausarbeitung dieser Anpassungsmaßnahmen eingeschaltet ist, sind die Vorwürfe, die ab und an in der Presse zu hören sind, daher auch prima facie unbegründet. Die Schuldnerländer haben denn auch im Interimsausschuß konzidert, daß eine befriedigende Lösung der Verschuldungsprobleme auch weiterhin eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten erfordere. Der Ausschuß nannte in diesem Zusammenhang drei wesentliche Voraussetzungen: Erstens die Aufrechterhaltung eines angemessenen Wirtschaftswachstums in den Industrieländern, zweitens eine beträchtliche Verringerung der derzeitigen realen Zinssätze und drittens eine entschlossene Anpassungspolitik der verschuldeten Länder selbst. Den Industrieländern kommt zwar eine besondere Verantwortung hinsichtlich der Offenhaltung ihrer Märkte und der Sicherung eines inflationsfreien Wachstums zu. Zugleich wird aber ausdrücklich anerkannt, daß die Entwicklungsländer selbst alles Nötige tun müssen, um ihre internationale Kreditwürdigkeit wiederherzustellen. Hierin liegt – was auch von deutscher Seite immer wieder unterstrichen wurde – der eigentliche Schlüssel für eine nachhaltige Gesundung dieser Volkswirtschaften.

Ausdrücklich begrüßte der Ausschuß in diesem Zusammenhang die Initiativen zum Abschluß mehrjähriger Umschuldungsvereinbarungen, wie sie mit Ländern wie Mexiko, Brasilien, Venezuela und anderen bereits getroffen wurden. Der Währungsfonds habe auch nach dem Zustandekommen mehrjähriger Umschuldungsabkommen eine wichtige Rolle bei dem Bemühen um Wiedergewinnung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu spielen. Zur Entspannung der Verschuldungsfrage hat sicherlich auch beigetragen, daß noch während der Jahresversammlung Argentinien und der Währungsfonds die seit langem beratene und immer wieder als kurz vor dem Abschluß stehende „Absichtserklärung“ (letter of intent) über eine Reihe von wirtschafts- und währungspolitischen Anpassungsmaßnahmen unterzeichnet haben.

Besorgt äußerte sich der Interimsausschuß über die anhaltende Zuflucht zu protektionistischen Tendenzen. Falls dieser Trend anhielte, würden die Aussichten für einen weltweiten Aufschwung untergraben und das reibungslose Funktionieren des internationalen Handels- und Finanzsystems behindert. Hinter den Kulissen der Weltwährungstagung wurden in diesem Zusammenhang immer wieder die Vereinigten Staaten angesprochen, deren Industrie aufgrund des Dollarkursanstiegs im Wettbewerb mit anderen

Ländern selbst auf ihrem Binnenmarkt zunehmend ins Hintertreffen gerät und nach Schutz ruft. Das von US-Präsident *Reagan* proklamierte Selbstbeschränkungsabkommen bei Stahl sei möglicherweise nur ein erster Schritt für weitere protektionistische Maßnahmen auf einem Markt, der gerade auch für die Exporte hochverschuldeter Länder in jüngster Zeit besonders aufnahmefähig geworden ist. Aber auch die anderen Industrieländer wurden ermahnt, die Anpassungsanstrengungen der Länder der Dritten Welt dadurch zu unterstützen, daß sie deren Exporten einen besseren Zugang in ihren Märkten verschaffen.

Als besondere IWF-Themen standen Fragen der Fondspolitik, des Erweiterten Zugangs sowie einer möglichen Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten auf der Tagesordnung des Interimsausschusses.

Als Ergebnis dieser Aussprache bezüglich der Kreditpolitik des Fonds ist festzuhalten:

- (1) der Erweiterte Zugang zu den Fondsmitteln wird erneut um ein Jahr bei gleichzeitig geringfügiger Kürzung um rund 7 v. H. verlängert. Damit stellen sich die Obergrenzen – bezogen auf die jeweilige Quote eines Landes beim Währungsfonds – auf
 - 95 bzw. 115 v. H. für ein Jahr (bisher 102 bzw. 125 v. H.)
 - 280 bzw. 345 v. H. für drei Jahre (bisher 306 bzw. 375 v. H.)
 - 408 bzw. 450 v. H. für die kumulative Inanspruchnahme (bisher 408 bzw. 500 v. H.),
- (2) eine höhere Inanspruchnahme in begründeten Ausnahmefällen ist nach wie vor möglich,
- (3) die derzeitigen Ziehungsgrenzen im Rahmen der Sonderfazilitäten werden beibehalten,
- (4) eine weitere Überprüfung erfolgt 1985, wobei im Ausschuß Klarheit herrschte, daß der Erweiterte Zugang zeitlich befristet anzusehen ist.

Zahlreiche Mitgliedsländer haben der Beibehaltung der für 1984 gelgenden Obergrenzen den Vorzug gegeben; sie hielten die Kürzung zumindest für verfrüht. Einige wollten damit bis zur nächsten allgemeinen Quotenrevision warten, um absolute Kürzungen des Zugangs zu den Fondsmitteln möglichst zu vermeiden und sie durch eine Quotenaufstockung aufzufangen. Angeführt von den USA traten einige größere Industrieländer jedoch dafür ein, den temporären Charakter des Erweiterten Zugangs dadurch zu unterstreichen, daß mit der Kürzung begonnen wurde. Gegner wie Befürworter einer Kürzung konnten gleichermaßen darauf verweisen, daß der Kreditrah-

men nur in ganz wenigen Einzelfällen voll und im Durchschnitt nur gut zur Hälfte ausgenutzt ist (in begründeten Ausnahmefällen können die Obergrenzen ohnehin überschritten werden).

Vor dem Hintergrund der internationalen Liquiditätslage erörterte der Interimsausschuß die Frage einer Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten. Obwohl die Mehrheit der Mitgliedsländer die Meinung vertrat, daß ein langfristiger globaler Bedarf zur Ergänzung der vorhandenen Währungsreserven bestehe, und daß eine Zuteilung voll im Einklang mit den Bedingungen des IWF-Übereinkommens stünde, wurde die notwendige Stimmenmehrheit bei weitem nicht erreicht. Einige große Industrieländer, darunter die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik, sahen eine globale Knappheit an internationaler Liquidität als nicht erwiesen an. Sie vertraten die Meinung, daß vielmehr eine Verwechslung von internationaler Liquidität und internationalem Finanzierungsbedarf vorläge, dem mit einer Neuzuteilung von SZR nicht beizukommen sei. Ökonomisch sei eine SZR-Zuteilung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu rechtfertigen. Kreditwürdigen Schuldnerländern stehe der Zugang zu den internationalen Finanzmärkten offen (vgl. auch Tabelle 2: Inanspruchnahme von Fondsmitteln durch Entwicklungsländer).

Auch wenn dieses Mal über eine SZR-Neuzuteilung keine Einigung erzielt wurde, so wurde das Exekutivdirektorium des Fonds aufgefordert, diesen Fragenkomplex weiterhin zu untersuchen und der Angelegenheit unverminderte Aufmerksamkeit zu widmen.

Wichtiges Thema des Interimsausschusses war auch der auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel vom Sommer 1984 bereits erörterte und positiv beantwortete Wunsch der hochverschuldeten Entwicklungsländer nach umfassender Erörterung aller Aspekte des internationalen Schuldenproblems. Dafür war ursprünglich eine Behandlung im gemeinsamen Entwicklungsausschuß von IWF und Weltbank vorgesehen. Den im Ausschuß vorgebrachten Vorschlag des amerikanischen Finanzministers *Regan*, die Schuldenprobleme sowohl im Interims- als auch im Entwicklungsausschuß bei den nächsten für April 1985 in Washington vorgesehenen Sitzungen zu behandeln, griffen die Gouverneure auf. Dem Geschäftsführenden Direktor des IWF wurde die Aufgabe gestellt, Hintergrundmaterial für eine solche Diskussion zusammenzustellen. Darin sollen die bisherigen Ansätze zur Lösung der Probleme hochverschuldeten Länder vor dem Hintergrund der mittelfristigen Anpassungsnotwendigkeiten und Zahlungsbilanzaussichten ebenso behandelt werden wie Fragen der globalen und spezifischen Auslandsverschuldung, der internationalen Kapitalströme, der Handelspolitik und der Rolle des IWF bei der Überwachung der Wechselkurs- und Zahlungsbilanzpolitik der Mitgliedsländer. Allerdings bestand noch keine Klar-

Tabelle 2: Inanspruchnahme von Fondsmitteln durch Entwicklungsländer
(in Mrd. US-Dollar)

	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
<i>Entwicklungsländer insgesamt</i>								
Hauptschuldnerländer	-0.2	-0.3	0.2	1.5	6.1	7.0	11.7	6.6
Netto-Ölexporteure	0.1	-0.7	-0.2	0.7	0.8	0.7	5.0	4.4
Netto-Olimporteure	0.1	-	-0.1	-0.2	0.1	0.5	1.1	1.4
	-0.3	-0.3	0.3	1.7	6.0	6.5	9.2	5.3
geordnet nach Regionen:								
Afrika ^{a)}	0.1	0.3	0.4	0.5	1.7	1.2	1.4	0.8
Asien	-0.3	-0.2	-	1.0	3.1	2.2	1.9	0.6
Europa	-	0.1	0.1	0.6	1.2	1.2	1.4	0.8
Mittlerer Osten	0.1	0.1	-0.1	-0.3	-0.2	-	-	-
Westl. Hemisphäre ^{b)}	-0.1	-0.5	0.1	-0.2	0.3	1.5	5.6	4.4

a) ohne Südafrika. – b) überwiegend Mittel- und Lateinamerika.

Quelle: Internationaler Währungsfonds.

heit über das Verfahren im einzelnen und die erforderliche Abstimmung sowohl zwischen den Ausschüssen als auch zwischen den ihnen zuarbeitenden Stäben in IWF und Weltbank.

Im Zusammenhang mit der Erörterung dieses Fragenkomplexes ist auch die Diskussion über die künftige Rolle der Weltbank und ihre Zusammenarbeit mit dem IWF zu sehen. Kaum einer der Gouverneure ließ in seiner Ansprache die Frage einer neuen bzw. erweiterten Aufgabenstellung der Bank unerwähnt. Wie diese künftige Rolle im einzelnen ausgestaltet und gegenüber dem IWF abgegrenzt werden soll, blieb bisher freilich unklar. Die Vorstellungen der Mitgliedsländer gehen hier noch weit auseinander.

In der Öffentlichkeit war in letzter Zeit mehr und mehr die Forderung erhoben worden, die Weltbank müsse sich stärker als bisher für die hochverschuldeten Länder engagieren. Zwar wurde durchaus anerkannt, daß es bereits einige Anstrengungen der Weltbank gegeben hat, den vielfach deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen der Entwicklungsländer durch raschere und günstigere Auszahlungsmodalitäten zu begegnen. Dies wurde und wird aber nicht als ausreichend angesehen. Es ist daher nicht verwunderlich, daß im Entwicklungsausschuß eine Neuausrichtung der Bank gefordert wurde. Der Ausschuß wies in seinem Kommuniqué ausdrücklich auf die Diskussion über die künftige Rolle der Bank hin und fragte nach ihrem Beitrag zur Lösung struktureller Anpassungserfordernisse in den Entwicklungsländern.

Dahinter steht, daß die Kreditprogramme des IWF nach in der Regel ein- bis dreijähriger, höchstens jedoch nach fünfjähriger Laufzeit auslaufen, die Finanzierungsprobleme vieler Länder aber weit in das nächste Jahrzehnt hineinragen. Es gilt also eine Lücke zu füllen und den Gesundungsprozeß kraftvoll und mit Autorität zu begleiten. Nach dieser Ansicht sollte die Weltbank eine solche Aufgabe übernehmen, die ihrem Sachverstand wie auch ihrer Autorität im internationalen Finanzgefüge angemessen ist.

Unter den Mitgliedsländern kursieren über das „Wie“ vorläufig jedoch höchst unterschiedliche Vorstellungen. Denken die Entwicklungsländer primär an ein kräftig aufgestocktes Finanzvolumen der Weltbank, so geht es einigen Industrieländern vornehmlich um mehr Qualität, verbunden mit einem Schuß „Konditionalität“. Damit wäre gewährleistet, daß die unter der Ägide des IWF begonnenen Anpassungsmaßnahmen auch konsequent fortgesetzt werden. Weltbankpräsident *Clausen* griff diese Überlegungen, wenn auch in sehr allgemeiner Form, auf, als er erklärte: „Wir überdenken jedes Element in der zukünftigen Entwicklung, um die wirkungsvollste Rolle für den Rest dieses Jahrhunderts bestimmen zu können.“

Während jedoch Bundesfinanzminister *Stoltenberg* deutlich für eine Weiterentwicklung der Weltbank – allerdings in einer „Schritt für Schritt-Revolution“ – eintrat und sich auch im Hinblick auf die Kreditbedürfnisse der Dritten Welt positiv zu einer weiteren Erhöhung des Weltbank-Kapitals äußerte, waren die Amerikaner in diesem Punkt nach den Ausführungen von US-Finanzminister *Regan* äußerst zurückhaltend. Er halte eine allgemeine Kapitalerhöhung der Bank derzeit für nicht notwendig, meinte *Regan* mehrfach. Bezüglich der Weltbank sei es allerdings ein wichtiges Ziel der amerikanischen Politik, mehr Marktorientierung und mehr Mut zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum zu fördern. Außerdem fühle man sich den ärmsten unter den Schuldnerländern verpflichtet.

Generell zeichnet sich bei den Vereinigten Staaten eine Tendenz ab, die Arbeit von IWF und Weltbank stärker aufeinander abzustimmen. Allerdings soll der Währungsfonds auf seinen ursprünglichen monetären Charakter zurückgeführt werden, der im Zuge der Ölkrisen durch Schaffung von Sonderfazilitäten ausgehöhlt wurde.

Begrüßt wurden von allen Gouverneuren die in jüngster Zeit neu dem Fonds und der Weltbank beigetretenen Mitgliedsländer Mozambique und St. Christoph und Nevis, wodurch sich die Mitgliedszahl beim IWF auf nunmehr 148 erhöht (vgl. Tabelle 3: IWF-Mitgliedsländer). Bundesfinanzminister *Stoltenberg* dankte zudem den Gouverneuren, daß sie die Einladung der Bundesrepublik zu den 43. Jahresversammlungen im Jahr 1988 nach Berlin angenommen hätten.

Tabelle 3

Internationaler Währungsfonds
Mitglieder (Teilnehmer), Quoten und Stimmrechte
 – Allgemeine Abteilung und SZR-Abteilung –
 Stand: 25. September 1984

Mitglied	Quote		Stimmrechte	
	Betrag in Mill. SZR	Quotenanteil in % der Quotensumme ^{a)}	Anzahl ^{b)}	Stimmrechts- anteile in % der Gesamt- stimmen ^{a)}
Ägypten	463,4	0,52	4 884	0,53
Äquatorialguinea	18,4	0,02	434	0,05
Äthiopien	70,6	0,08	956	0,10
Afghanistan	86,7	0,10	1 117	0,12
Algerien	623,1	0,70	6 481	0,70
Antigua und Barbuda	5,0	0,01	300	0,03
Argentinien	1 113,0	1,25	11 380	1,22
Australien	1 619,2	1,81	16 442	1,77
Bahamas	66,4	0,07	914	0,10
Bahrain	48,9	0,05	739	0,08
Bangladesh	287,5	0,32	3 125	0,34
Barbados	34,1	0,04	591	0,06
Belgien	2 080,4	2,33	21 054	2,26
Belize	9,5	0,01	345	0,04
Benin	31,3	0,04	563	0,06
Bhutan	2,5	0,002	275	0,03
Birma	137,0	0,15	1 620	0,17
Bolivien	90,7	0,10	1 157	0,12
Botsuana	22,1	0,02	471	0,05
Brasilien	1 461,3	1,64	14 863	1,60
Burkina Faso (Obervolta)	31,6	0,04	566	0,06
Burundi	42,7	0,05	677	0,07
Chile	440,5	0,49	4 655	0,50
China	2 390,9	2,68	24 159	2,60
Costa Rica	84,1	0,09	1 091	0,12
Dänemark	711,0	0,80	7 360	0,79
Deutschland, Bundesrepublik	5 403,7	6,05	54 287	5,84
Dominica	4,0	0,004	290	0,03
Dominik. Republik	112,1	0,13	1 371	0,15
Dschibuti	8,0	0,01	330	0,04
Ecuador	150,7	0,17	1 757	0,19
Elfenbeinküste	165,5	0,19	1 905	0,20
El Salvador	89,0	0,10	1 140	0,12
Fidschi	36,5	0,04	615	0,07

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Mitglied	Quote		Stimmrechte	
	Betrag in Mill. SZR	Quotenanteil in % der Quotensumme ^{a)}	Anzahl ^{b)}	Stimmrechts- anteile in % der Gesamt- stimmen ^{a)}
Finnland	574,9	0,64	5 999	0,65
Frankreich	4 482,8	5,02	45 078	4,85
Gabun	73,1	0,08	981	0,11
Gambia	17,1	0,02	421	0,05
Ghana	204,5	0,23	2 295	0,25
Grenada	6,0	0,01	310	0,03
Griechenland	399,9	0,45	4 249	0,46
Großbritannien	6 194,0	6,94	62 190	6,69
Guatemala	108,0	0,12	1 330	0,14
Guinea	57,9	0,06	829	0,09
Guinea-Bissau	7,5	0,01	325	0,03
Guyana	49,2	0,06	742	0,08
Haiti	44,1	0,05	691	0,07
Honduras	67,8	0,08	928	0,10
Indien	2 207,7	2,47	22 327	2,40
Indonesien	1 009,7	1,13	10 347	1,11
Irak	504,0	0,56	5 290	0,57
Iran	660,0	0,74	6 850	0,74
Irland	343,4	0,38	3 684	0,40
Island	59,6	0,07	846	0,09
Israel	446,6	0,50	4 716	0,51
Italien	2 909,1	3,26	29 341	3,15
Jamaika	145,5	0,16	1 705	0,18
Japan	4 223,3	4,73	42 483	4,57
Jemen (Arab. Rep.)	43,3	0,05	683	0,07
Jemen (Dem. V. Rep.)	77,2	0,09	1 022	0,11
Jordanien	73,9	0,08	989	0,11
Jugoslawien	613,0	0,69	6 380	0,69
Kamerun	92,7	0,10	1 177	0,13
Kamputschäa	25,0	0,03	500	0,05
Kanada	2 941,0	3,29	29 660	3,19
Kap Verde	4,5	0,01	295	0,03
Katar	114,9	0,13	1 399	0,15
Kenia	142,0	0,16	1 670	0,18
Kolumbien	394,2	0,44	4 192	0,45
Komoren	4,5	0,01	295	0,03
Kongo	37,3	0,04	623	0,07
Korea (Rep.)	462,8	0,52	4 878	0,52
Kuwait	635,3	0,71	6 603	0,71

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Mitglied	Quote		Stimmrechte	
	Betrag in Mill. SZR	Quotenanteil in % der Quotensumme ^{a)}	Anzahl ^{b)}	Stimmrechts- anteile in % der Gesamt- stimmen ^{a)}
Laos	29,3	0,03	543	0,06
Lesotho	15,1	0,02	401	0,04
Libanon	78,7	0,09	1 037	0,11
Liberia	71,3	0,08	963	0,10
Libyen	515,7	0,58	5 407	0,58
Luxemburg	77,0	0,09	1 020	0,11
Madagaskar	66,4	0,07	914	0,10
Malawi	37,2	0,04	622	0,07
Malaysia	550,6	0,62	5 756	0,62
Malediven	2,0	0,002	270	0,03
Mali	50,8	0,06	758	0,08
Malta	45,1	0,05	701	0,08
Marokko	306,6	0,34	3 316	0,36
Mauretanien	33,9	0,04	589	0,06
Mauritius	53,6	0,06	786	0,08
Mexiko	1 165,5	1,31	11 905	1,28
Mosambik	61,0	0,07	860	0,09
Nepal	37,3	0,04	623	0,07
Neuseeland	461,6	0,52	4 866	0,52
Nicaragua	68,2	0,08	932	0,10
Niederlande	2 264,8	2,54	22 898	2,46
Niger	33,7	0,04	587	0,06
Nigeria	849,5	0,95	8 745	0,94
Norwegen	699,0	0,78	7 240	0,78
Österreich	775,6	0,87	8 006	0,86
Oman	63,1	0,07	881	0,09
Pakistan	546,3	0,61	5 713	0,61
Panama	102,2	0,11	1 272	0,14
Papua-Neuguinea	65,9	0,07	909	0,10
Paraguay	48,4	0,05	734	0,08
Peru	330,9	0,37	3 559	0,38
Philippinen	440,4	0,49	4 654	0,50
Portugal	376,6	0,42	4 016	0,43
Ruanda	43,8	0,05	688	0,07
Rumänien	523,4	0,59	5 484	0,59
Salomonen	5,0	0,01	300	0,03
Sambia	270,3	0,30	2 953	0,32
Sao Tomé und Principe	4,0	0,004	290	0,03
Saudi Arabien	3 202,4	3,59	32 274	3,47

Tabelle 3 (Fortsetzung)

Mitglied	Quote		Stimmrechte	
	Betrag in Mill. SZR	Quotenanteil in % der Quotensumme ^{a)}	Anzahl ^{b)}	Stimmrechts- anteile in % der Gesamt- stimmen ^{a)}
Schweden	1 064,3	1,19	10 893	1,17
Senegal	85,1	0,10	1 101	0,12
Seychellen	3,0	0,003	280	0,03
Sierra Leone	57,9	0,06	829	0,09
Simbabwe	191,0	0,21	2 160	0,23
Singapur	92,4	0,10	1 174	0,13
Somalia	44,2	0,05	692	0,07
Spanien	1 286,0	1,44	13 110	1,41
Sri Lanka	223,1	0,25	2 481	0,27
St. Christoph und Nevis	4,5	0,01	295	0,03
St. Lucia	7,5	0,01	325	0,03
St. Vincent	4,0	0,004	290	0,03
Sudan	169,7	0,19	1 947	0,21
Süd-Afrika	915,7	1,03	9 407	1,01
Suriname	49,3	0,06	743	0,08
Swasiland	24,7	0,03	497	0,05
Syrien	139,1	0,16	1 641	0,18
Tansania	107,0	0,12	1 320	0,14
Thailand	386,6	0,43	4 116	0,44
Togo	38,4	0,04	634	0,07
Trinidad und Tobago	170,1	0,19	1 951	0,21
Tschad	30,6	0,03	556	0,06
Türkei	429,1	0,48	4 541	0,49
Tunesien	138,2	0,15	1 632	0,18
Uganda	99,6	0,11	1 246	0,13
Ungarn	530,7	0,59	5 557	0,60
Uruguay	163,8	0,18	1 888	0,20
Vanuatu	9,0	0,01	340	0,04
Venezuela	1 371,5	1,54	13 965	1,50
Ver. Arab. Emirate	202,6	0,23	2 276	0,24
Vereinigte Staaten	17 918,3	20,06	179 433	19,29
Vietnam	176,8	0,20	2 018	0,22
Westsamoa	6,0	0,01	310	0,03
Zaire	291,0	0,33	3 160	0,34
Zentralafrik. Republik	30,4	0,03	554	0,06
Zypern	69,7	0,08	947	0,10
Summe Allgemeine Abt. und SZR-Abteilung	89 301,8	100,00 ^{c)}	930 018	100,00 ^{c)}

a) Gegenwärtig sind alle 148 Mitglieder Teilnehmer der Sonderziehungsrechts-Abteilung. – b) Bei bestimmten Angelegenheiten der Allgemeinen Abteilung ist die Zahl der Stimmrechte von der Verwendung der Quotensumme abhängig (Art. XII, Abschn. 5 b). – c) Abweichungen in den Endsummen von der Einzeladdition durch Runden der Zahlen möglich.

Quelle: Internationaler Währungsfonds.

Zusammenfassung

Zuversicht bei der IWF-Währungskonferenz

Auf den Jahresversammlungen 1984 von Internationalem Währungsfonds und Weltbank standen die Weltwirtschaftslage, die Zukunft des Erweiterten Zugangs zu den Fondsmitteln und die Frage einer Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten auf der Agenda des Interimsausschusses. Darüber hinaus befaßten sich Interimsausschuß, Entwicklungsausschuß wie auch der Gouverneursrat mit der Frage des internationalen Schuldenproblems und in diesem Zusammenhang auch der künftigen Rolle der Weltbank. Beide Themen werden auf den kommenden Frühjahrstagungen vor dem Hintergrund der mittelfristigen Anpassungsnotwendigkeiten und der Zahlungsbilanz-aussichten auf der Grundlage von Diskussionspapieren, die in Auftrag gegeben wurden, erörtert werden.

Summary

A Mood of Confidence at the IMF Meeting

At the 1984 annual meetings of the International Monetary Fund and the World Bank the items on the Interim Committee's agenda included the world economic situation, the future of the policy of enlarged access to Fund's resources and the issue of a new allocation of special drawing rights. The Interim Committee, Development Committee and Board of Governors also looked into the question of the international debt problem, and considered the future role of the World Bank in this context. Both these topics are to be discussed, on the basis of discussion papers which have been commissioned, at the forthcoming spring meetings against the background of medium-term adjustment needs and balance of payments prospects.

Résumé

Confiance exprimée lors de la conférence monétaire du FMI

Lors de l'assemblée générale de 1984 du Fonds monétaire international et de la Banque mondiale, la situation économique internationale, l'avenir de l'accès élargi aux ressources du Fonds ainsi que l'éventualité d'une nouvelle émission de droits de tirage spéciaux étaient inscrits à l'ordre du jour pour le comité intérimaire. Par ailleurs, le comité intérimaire, le comité de développement ainsi que le conseil des gouverneurs ont débattu la question de l'endettement international et, dans ce contexte, ils ont abordé également le problème du rôle futur de la Banque mondiale. Ces deux sujets seront examinés lors des prochaines sessions du printemps, avec comme toile de fond les ajustements nécessaires à moyen terme et l'évolution des balances des paiements, sur la base de papiers établis à cette fin.